

Bündnisgrüne zur Finanzierung von Morsleben und Asse

Landesregierung soll Brennelementesteuer unterstützen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt kritisieren, dass der Staat auf den Kosten der Atomendlager Morsleben und Asse sitzenbleiben könnte. Um das zu verhindern, soll die Landesregierung die Einführung einer Steuer auf atomare Brennelemente unterstützen.

"Selbst die Bundesregierung gibt inzwischen die Kosten für die Sanierung des Endlagers Morsleben mit 2,2 Mrd. Euro an. Das sind knapp 1000 Euro für jedes Kind, jede Frau und jeden Mann in Sachsen-Anhalt." verweist der Landesvorsitzende Christoph Erdmenger auf die ungeheuren Kosten. "Gleichzeitig fahren die Energiekonzerne jedes Jahr etwa 1,5 Mrd. Euro Sondergewinne für ihre Atomkraftwerke ein". Diese Gewinne fallen bei den AKW-Betreibern an, weil der Strom für Haushalte und Industrie in den letzten Jahren teurer geworden ist - nicht aber die Produktion von Atomstrom.

Erdmenger fordert nun die Landesregierung auf, die Vorschläge zu unterstützen. Sachsen-Anhalt verbraucht selber keinen Atomstrom, aber das Endlager Morsleben. Der Atommüll darin ist zu 60% erst nach der Wende verfüllt worden. "Selbst Umweltminister Gabriel ist inzwischen für die Brennelementesteuer, um die Endlager zu finanzieren." sagt Erdmenger in Richtung der Landes-SPD.

In der letzten Woche war im Endlager Morsleben Gestein aus der Decke eines Hohlraums gebrochen. Ob dies die Kosten der Sanierung weiter erhöht, ist bisher nicht bekannt.